

Werden die USA Iran angreifen?

Bernd Hamm

Arbeitsgemeinschaft Frieden, Trier, 2.10.2007

1. Die Frage

Ich kann diese Frage natürlich nicht beantworten. Ich kann lediglich versuchen, einige Bausteine zusammen zu tragen, die mir für eine Antwort nützlich scheinen. Derweil kann die Situation bereits eintreten, ein Angriff durchgeführt werden – so wie der Angriff auf den Irak längst im Gang war, als er am 20.3.2003 offiziell begann. Die Nachrichten in den deutschen Medien sind vergleichsweise dürftig und, wie mir scheint, sie stützen eher die amerikanische Position. Ich sammle und verbreite seit ca. zwei Jahren jeden Monat zwei bis drei Mal Meldungen und Kommentare über die Gefahr eines amerikanischen oder israelischen Angriffs auf den Iran. Das schicke ich an ein paar hundert Adressen, darunter auch deutsche Medien, Politiker, Multiplikatoren, eben auch an Friedensgruppen wie die AGF. Motiv ist die Sorge, dass wir zu wenig und oftmals falsch informiert werden, dass es zu einem weiteren Krieg mit unabsehbaren Folgen, zu einem neuen Weltkrieg kommen könnte. Die Quellen stehen in meinem elektronischen Archiv. Das ist mein Rohmaterial, damit arbeite ich auch hier.

Die vielen hundert Seiten Dokumentation, die dort enthalten sind, konnte ich natürlich für heute Abend nicht auswerten. Vor allem habe ich Wert auf aktuelle Entwicklungen gelegt. Also erwarten sie von mir keinen vollinformierten, so weit wie möglich auf alle Seiten abgesicherten Vortrag, sondern eher einen Anstoss für eine Diskussion, zu der Sie als aufmerksame Nachrichtenverfolger ebenso viel beitragen werden wie ich selbst¹. Der Vortrag insgesamt dauert ungefähr 75 Minuten – aber ich will es gerne Ihnen überlassen, ob Sie sich das zumuten wollen. Ich gebe zu, dass mich die Menge des Materials überfordert hat, zumal die Dinge noch zu nah sind, als dass man wichtig von weniger wichtig unterscheiden könnte.

Ich will zuerst auf den Iran eingehen und das auch mit einem historischen Rückblick verbinden, ohne den die aktuelle Situation schwer zu verstehen ist. Dann soll ein Blick auf die USA folgen. Anschliessend will ich einige Aspekte des internationalen Kontextes beleuchten und weiter die wahrscheinlichen Folgen eines US-Angriffs auf den Iran ansprechen.

2. Iran

Wir vergessen immer wieder, dass der heutige Iran (der seit 1935 wieder so heisst, vorher von den Europäern Persien genannt wurde) auf eine 3.000jährige Geschichte zurückblickt, die mit der unseren, europäischen, nicht erst seit Alexander eng verknüpft war. Darauf ist hier nicht weiter einzugehen – auf die nachkoloniale Zeit aber wenigstens in wenigen groben Zügen.

¹ Insbesondere werde ich nicht auf die Natur des iranischen Regimes eingehen, zum einen, weil alle Nachrichten darüber in unseren Medien ideologisch gefärbt und gefiltert sind, zum anderen aber auch, weil keiner der oft vorgetragenen Vorwürfe – Behandlung von Frauen, Homosexuellen, Todesstrafe etc. – einen Krieg gegen das Land rechtfertigen kann

„Iran ist die dominierende Regionalmacht im Herzen der seit Mitte des letzten Jahrhunderts konfliktreichsten Weltregion Naher Osten/Mittlerer Osten/Zentralasien. Zwei Drittel der weltweiten Öl- und Gasvorräte befinden sich auf dem Gebiet. Iran ist innerhalb der Region inzwischen das wirtschaftlich, politisch und strategisch bedeutendste Land. Es verfügt nach Saudi-Arabien und Irak über die drittgrößten Ölreserven und nach Russland über die zweitgrößten Gasvorkommen. Das Land hat neun zum Teil hochsensible und umstrittene Außengrenzen, weit mehr als jedes andere Land der Region. Nachbarstaaten sind im Westen der Irak, im Osten Pakistan und vor allem Afghanistan, im Norden Turkmenien, Aserbaidschan, Armenien und die Türkei“ (A. Zumach, taz 22.2.2007). Der Iran ist also eingeklemmt zwischen zwei Staaten, in denen die USA Krieg führen, und von US-Militärbasen umringt. Beide Staaten, Irak und Afghanistan, hatten zur Zeit der Sassaniden (3.-6. Jh.) zu Iran gehört und sind lange durch die iranische Kultur geprägt gewesen. Irak, früher Teil des Osmanischen Reiches, gibt es erst seit 1920/21, Afghanistan erlangt seine Unabhängigkeit von den Briten erst 1919. Hinzu kommen Irans südwestliche Küste am Persischen Golf, der wichtigsten Wasserstraße zum Transport von Öl, sowie im Norden die Küste am rohstoffreichen Kaspischen Meer. Mit seinen rund 70 Millionen EinwohnerInnen hat Iran die mit Abstand jüngste Bevölkerung der Welt mit dem größten Anteil an unter 20-, 30- und 40-Jährigen.

„Wohin wird sich dieses bedeutendste Land in der politisch brisantesten Weltregion in den nächsten Jahren entwickeln? Wen beteiligt Iran an der Erschließung seiner Öl- und Gasfelder? Wohin und mit wem baut das Land seine Pipelines, wo kauft es seine Waffen? Heißen die strategischen Bündnispartner Irans in absehbarer Zukunft China, Russland und Indien? Oder kommt das Land wieder zurück ins westliche Lager und damit unter Einfluss und Kontrolle der USA, wie das in den "goldenen Jahren" der Schah-Diktatur zwischen 1953 und 1979 der Fall war? Die Fragen sind von höchstem strategischem Interesse. Nicht nur in Washington, sondern zunehmend auch in Peking, Moskau und Delhi, aber auch in Berlin, London und Paris“ (A. Zumach, taz 22.2.2007).

1901 hatte Schah Muzaffar ad Din, um sein Luxusleben zu finanzieren, den Briten das Monopol eingeräumt, im Iran nach Erdöl zu bohren und Militärstützpunkte im Süden des Landes zu errichten – Russland erhielt ähnliche Rechte im Norden. Es folgte fast zwei Jahrzehnte bürgerkriegsähnliche Zustände, bis Reza Khan, ein ranghoher Offizier, 1921 in Teheran einmarschierte, den Shah ins Exil zwang, sich selbst zum Shah erklärte und unter dem Namen Pahlevi eine neue Dynastie begründete. Sein Vorbild war Mustafa Kemal Pascha, besser bekannt unter dem Namen Atatürk. Wie er die Türkei, so wollte er den Iran nach europäischem Muster modernisieren und industrialisieren. Immer wieder provozierte er die geistlichen Führer des Landes, aber auch die Engländer und die Russen, weil er die Nutzung der Bodenschätze für den Iran beanspruchte. Als er 1941 offen Sympathien für Hitler und das Deutsche Reich zeigte und zunehmend deutsche Berater einlud, marschierten britische und russische Truppen ein und trieben ihn 1944 ins Exil. Neuer Shah wurde mit ausländischer Duldung sein 22jähriger Sohn Mohammed Reza Pahlevi, den wir aus der Regenbogenpresse kennen, der – in einem teuren Schweizer Internat aufgewachsen – den Iran und den Islam kaum kannte und der das Regieren korrupten Ministern überliess. Inzwischen stritten sich Briten, Russen und Amerikaner um das iranische Ölgeschäft. Zum Sprecher der verschiedenen iranischen Oppositionsgruppen wurde der 71jährige Rechtsanwalt Dr. Mohammed Mossadegh, den der Shah schliesslich zum Premierminister ernennen musste. Er legte sofort eine Liste aller korrupten Beamten vor und erzwang ihren Rücktritt, und er veranlasste die sofortige Verstaatlichung der Ölindustrie. Die Drohungen der USA und Grossbritanniens wurden mit massenhaften Sympathiekundgebungen

für Mossadegh beantwortet. Aufgestachelt und angeleitet durch die CIA („Operation Ajax“²) und mit Zustimmung des Shah putschte die Armee, Mossadegh kam ins Gefängnis und wurde zum Tod verurteilt, dann aber begnadigt; er starb 1967 in seinem Haus in Teheran. Der Shah war gerettet, formal blieben die Ölfelder im Besitz des Iran, der aber für die Enteignung eine hohe Entschädigung bezahlen musste, die Ausbeutung aber blieb in den Händen der britischen und amerikanischen Ölgesellschaften. Der Shah, im Westen wegen seiner (in jeder Hinsicht missratenen) „Weissen Revolution“ gefeiert, regierte despotisch am Parlament vorbei, erfreute sich der Unterstützung der Amerikaner und gründete, um die Opposition kontrollieren zu können, die berühmte Geheimpolizei Savak. Über die Pahlevi-Stiftung, angeblich eine gemeinnützige Institution, lenkte er Gewinne der staatlichen Industrien, Einnahmen aus dem Erdöl, Steuergelder und Spenden auf ausländische Privatkonten und wurde so zu einem der reichsten Männer der Welt. Am 16. Januar 1979 verliess er für immer das Land. Nur zwei Wochen später kam aus dem Exil in Paris in einem Triumphzug der Ajatollah Chomeini zurück. Als Pahlevi im Oktober 1979 nach New York kam, um sich medizinisch behandeln zu lassen, führte das in Teheran zur Erstürmung und zur Blockade der amerikanischen Botschaft, deren Insassen zu Gefangenen erklärt wurden. Nach der missglückten Befreiungsaktion vom April 1980 wurden sie am Tag der Vereidigung Ronald Reagans nach 444 Tagen Haft freigelassen.

Der Grenzverlauf zwischen Iran und Irak war Jahrhunderte lang umstritten. Gebietsansprüche und die Hoffnung des Irak auf eine führende Rolle in der arabischen Welt auf der einen, der Versuch, die iranische Revolution auf andere Länder und insbesondere den Irak mit seiner weitgehend säkularen Baath-Partei auszuweiten auf der anderen Seite führten schliesslich am 22. September 1980 zum irakischen Luftangriff auf iranische Flughäfen, und die irakische Armee marschierte mit 100.000 Soldaten in den Iran ein. Was als Blitzkrieg gedacht war, wurde zu einem 8 Jahre dauernden Morden, in dem zunächst die Sowjetunion den Irak, die USA den Iran unterstützten, aber zahlreiche Länder mit Waffenlieferungen an beide Seiten beteiligt waren, darunter auch die BRD. Acht Jahre später kam auf Drängen der UN ein Waffenstillstand zustande, einen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht. Etwa eine Million Tote, vier Millionen Verwundete und Kriegsschäden von 640 (Iran) bzw. 450 (Irak) Mrd. Dollar und 16 Mio nicht beseitigte Minen sind die Hinterlassenschaft dieses Krieges. Die Grenzstreitigkeiten sind nicht beseitigt.

Zu einigen der Folgen müssen hier Stichworte genügen: Einmarsch des Irak in Kuwait am 2. August 1990, Angriff der USA, 12 Jahre lang „Sanktionen“ mit über 1 Mio Opfern, davon 500.000 Kinder; in der Folge des 9/11 die Behauptung, der Irak besitze WMD und unterstütze Al Quaida, Downing St Memo, neuer Angriff am 20.3.2003. Irans Regime geht im Inneren gefestigt aus dem Krieg, am 3.8.2005 Mahmud Ahmadinedjad als Präsident des Iran gewählt.

An der Spitze der politischen Entscheidungsstruktur steht seit 1979 der Revolutionsführer, seit 1989 Ayatollah Ali Chamenei. Er ernennt die Minister und obersten Richter und ist Oberkommandierender der Streitkräfte. Er wird vom Expertenrat auf Lebenszeit gewählt, dieser

² Operation Ajax: Der 1953 inszenierte Sturz der legitimen iranischen Regierungschefs Mohammad Mossadegh galt in US-Geheimdienstkreisen lange als Muster für eine gelungene false flag operation. Der durchaus nicht kommunistenfreundliche Mossadegh plante die Verstaatlichung der Ölfelder und brachte so westliche Konzerne gegen sich auf. Wie inzwischen auch die Geschichtsabteilung der CIA einräumte, starteten die CIA und der britische MI6 daraufhin eine Destabilisierungskampagne. Agenten führten Anschläge im Iran durch, darunter auf Geistliche und religiöse Einrichtungen, Flugblätter tauchten auf mit Losungen wie: "Es lebe Mossadegh, nieder mit Allah!" Am Ende stand ein Putsch, der das Shah-Regime an die Macht brachte. Der Erfolg führte dazu, dass US-Geheimdienste das Konzept übertrugen: Guatemala (1954), die Operationen Northwood (1961) und Gladio (späte sechziger Jahre), der Putsch in Chile (1973) sind nur vier Beispiele. Auf diese Weise sind auch Sunniten und Schiiten im Irak gegeneinander aufgestachelt und in einen Bürgerkrieg gegeneinander getrieben worden.

vom Volk alle 8 Jahre. Regierungschef ist der Präsident, seit 2005 Mahmoud Ahmadinejad. Die Macht von Präsident, Regierung und Parlament ist jedoch stark beschränkt, denn alle zu wählenden Kandidaten und alle Gesetze müssen vom Wächterrat bestätigt werden. Zudem hat in allen Fragen das letzte Wort der Revolutionsführer. Wichtige aussenpolitische Entscheidungen werden in einem Expertenausschuss unter Leitung des Revolutionsführers getroffen. Der Atom-Unterhändler Larijani etwa untersteht nicht dem Präsidenten, sondern dem Revolutionsführer.

Oft wird vergessen, dass das iranische Atomprogramm auf eine Vereinbarung mit der amerikanischen Regierung von 1957 zurückgeht. 1960 haben die USA den ersten 5 MW Forschungsreaktor an die Universität von Teheran geliefert, samt angereichertem Uran und Plutonium (1967). Sie sollten die meisten Atomanlagen liefern, aber 1974 wird auch eine Vereinbarung mit Frankreich über die Lieferung von 5 1.000 MW Atomreaktoren und ein Forschungszentrum, sowie eine mit der deutschen Kraftwerksunion (Siemens) über zwei 1.200 MW-Reaktoren und die Lieferung von Brennstoff für 10 Jahre abgeschlossen. Im Februar 1979 kommt das Programm infolge der Revolution zu einem vorläufigen Ende. Es wird nach 1989 wieder aufgenommen; Iran schliesst Verträge mit Russland und China, zumal Siemens es auf amerikanischen Druck ablehnt, den Reaktor in Buschehr zu Ende zu bauen. Russland verspricht 1994 einzuspringen. Das Atomkraftwerk soll nun bis im Herbst 2008 zu Ende gebaut werden, nachdem es eine längere Verzögerung wegen Finanzierungsfragen gegeben hat.

2002 beschuldigen die USA zum ersten Mal den Iran, an Atomwaffen zu arbeiten. Am 1. Januar 2006 gibt Iran bekannt, er habe nun alle nötigen Einrichtungen, um Uran von seinem Erz zu isolieren. Im April 2006 erklärt Ahmadinejad, Iran beherrsche nun den Anreicherungsprozess und gehöre damit zu den Nuklearmächten. Die IAEA kann nach Inspektionen keine Anzeichen für eine militärische Nutzung erkennen. Am 31. Juli 2006 verabschiedet der Sicherheitsrat (UNSC) Resolution 1696, mit der Iran aufgefordert wird, alle mit der Urananreicherung verbundenen Aktivitäten einzustellen. Iran erklärt sich bereit, Gespräche darüber aufzunehmen, aber akzeptiert dies nicht als Vorbedingung. Am 23. Dezember 2006 verabschiedet der UNSC einstimmig Resolution 1737, mit der dem Iran Sanktionen auferlegt werden, weil er sich weigert, die Anreicherung einzustellen. Sie verlangt von allen Ländern, Beziehungen zum Iran einzustellen, soweit sie mit seinem Atomprogramm in Verbindung stehen. Die Vermögen iranischer Unternehmen und Individuen werden eingefroren. Iran protestiert dagegen mit dem Hinweis auf Israels Atomwaffen, lehnt die Resolution als illegal ab und erklärt, er werde weiterhin unter der Aufsicht der IAEA an seinem Anreicherungsprogramm arbeiten. Im März 2007 verschärft der UNSC mit Resolution 1747 diese Sanktionen. Die IAEA wird aufgefordert, innerhalb von 60 Tagen zu berichten, ob Iran sein Programm eingestellt habe. Wiederum lehnt Iran die Resolution ab. Die Vollversammlung der IAEA im September hat eine Resolution verabschiedet, die verlangt, dass alle israelischen Atomanlagen unter die Aufsicht der IAEA gestellt werden – nur die USA und Israel haben dagegen gestimmt.

Der Iran insistiert auf seinem Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie, die ihm auch im Atomwaffensperrvertrag (NPT) zugestanden wird. Iran hat eigene Uranvorkommen, benötigt aber die technischen Möglichkeiten zur Anreicherung. Grundsätzlich ist damit die Möglichkeit verbunden, waffenfähiges Uran herzustellen. Allerdings sagen Experten, es seien mindestens 3.000 Zentrifugen nötig, um so viel waffenfähiges Uran zu produzieren, dass damit im Verlauf eines Jahres eine Atombombe gebaut werden könnte. Obgleich aus militärischer Sicht das Streben nach Atomwaffen verständlich wäre – Indien und Pakistan haben seit 1998, Israel schon seit den späten 1960er Jahren Atomwaffen und haben den NPT nicht unterzeichnet, und selbstverständlich haben auch die Nachbarn im Norden Atomwaffen, und die USA weigern sich beharrlich, die im Sperrvertrag vorgesehene Reduzierung der Atomsprengköpfe anzugehen und erneuern statt dessen ihr Arsenal und lassen auch vor zwei Wochen die letzte Runde der UN-

Abrüstungsverhandlungen platzen – besteht Iran darauf, dass er keine militärische, sondern ausschliesslich eine zivile Nutzung der Kernenergie anstrebt. Unter amerikanischen Militärs kann man auch die Meinung finden, ein nuklear bewaffneter Iran sei kein grösseres Problem. Völkerrechtler halten die iranische Haltung für juristisch kaum angreifbar. Der oberste religiöse Führer, Ayatollah Ali Chamenei, hat eine Fatwa gegen Atomwaffen erlassen und immer wieder betont, sein Land habe keine Pläne, solche zu entwickeln.

Kurz: Der Iran sieht sich selber als Erben einer grossartigen Kultur, allerdings zeitweilig ausgebeutet und gedemütigt vom Westen, vor allem von den USA und Grossbritannien. Er bewegt sich im Rahmen internationaler Vereinbarungen, wird aber von den USA und Israel ständig zu Unrecht beschuldigt, eine aggressive, terroristische Politik zu unterstützen und zu betreiben. Er wird bedroht, isoliert und eingekreist. Dabei ist der West dekadent, anmassend und heuchlerisch – er redet ständig von Menschenrechten, die er fortwährend selber verletzt, wenn es gerade in seinem egoistischen Interesse liegt. Das Öl könnte dem Iran zu einer eigenen Wirtschaftsmacht verhelfen, er wird aber vom Westen im Stand eines Entwicklungslandes gehalten, vor allem der Zugang zu Hochtechnologie wird ihm versperrt. Atomenergie gilt als Symbol für Modernität. Die iranische Gesellschaft ist gespalten zwischen Traditionalisten und Modernisierern auf der einen, zwischen Arm und Reich auf der anderen Seite.

Die iranische Regierung hat den USA verschiedentlich, zuerst 2003, angeboten, alle strittigen Fragen bilateral zu regeln, darunter die Anreicherung, die Unterstützung von Hisbollah und Hamas etc., wenn dafür im Gegenzug amerikanische Sicherheitsgarantien gegeben werden. Die US-Regierung hat den diplomatischen Weg bisher, anders als bei Nordkorea, regelmässig abgelehnt.

3. USA

Die amerikanische Regierung hat mit der Bush-Rede vom Januar 2002 Iran neben Nordkorea und Syrien zur „Achse des Bösen“ erklärt. Die iranische Regierung habe terroristische Absichten und unterstütze terroristische Organisationen. Aus diesem Grund müsse verhindert werden, dass Iran Zugang zu Atomwaffen erhalte. Folglich sei dem Iran die Urananreicherung gänzlich zu verbieten. Wenn sich dieses Verbot nicht mit Wirtschaftssanktionen durchsetzen lasse, dann bliebe nur eine militärische Antwort auf die Bedrohung, die vom Iran ausgehe. Dieses Argument wird verstärkt dadurch, dass die USA im Iran einen Regimewechsel anstreben und dazu immer wieder behaupten, der Iran liefere militärisches Material, möglicherweise auch Soldaten in den Irak, mit deren Hilfe amerikanische Soldaten getötet würden. Selbst der National Intelligence Estimate on Iraq, vorbereitet von den 16 Geheimdiensten und am 11. Februar 2007 veröffentlicht, hat daran erhebliche Zweifel. Aber es macht Sinn anzunehmen, dass die amerikanische Regierung das absehbare Scheitern im Irak zumindest teilweise einer iranischen Intervention in die Schuhe schieben will.

Die amerikanischen Neokonservativen sind unter Ronald Reagan in politische Ämter aufgestiegen. Dies spricht dafür, dass sie die Geiselnahme von Teheran 1979 als unerträgliche Demütigung Amerikas verstanden haben. Vor allem und in erster Linie geht es ihnen darum, unmissverständlich deutlich zu machen, dass die USA die entscheidende Macht im Mittleren Osten und auf der Welt sind, und jedem möglichen Konkurrenten die Hoffnung auf grösseren Einfluss in der Region zu nehmen. Dies bestätigt, dass Rebuildung Americas Defenses (2000) und die National Security Strategy weiterhin die entscheidende Leitlinien der US Aussenpolitik sind. Bekannte Neokonservative wie Dick Cheney, Michael Ledeen, Frederick Kagan, Joseph

Lieberman, Institute wie das American Enterprise Institute und Medien wie der Weekly Standard etc, fordern einen Angriff. Das AEI beginnt gerade mit einer Serie von Konferenzen, an denen diese Position bestärkt und ein „Präsident“, der offensichtlich Gründe hat, noch zu zögern, zum Angriff gedrängt werden soll.

Am 15. August 2007 haben die New York Times und die Washington Post mitgeteilt, die Regierung beabsichtige, die Iranischen Revolutionsgarden in ihre Liste globaler Terrororganisationen aufzunehmen, weil sie Amerikas Feinden helfe. Dagegen haben der irakische Premierminister Al Maliki und Afghanistans Präsident Hamid Karzai die Rolle Irans im Irak als konstruktiv und hilfreich bezeichnet. Die Einstufung als Terrororganisation würde es George W. Bush erlauben, einen Angriff gegen Iran ohne vorherige Bewilligung durch den Kongress zu befehlen.

Allerdings muss man hinzufügen, dass die USA seit mindestens zwei Jahren Special Forces im Iran eingesetzt haben, um mögliche Ziele für Luftangriffe auszuspionieren und um Sabotageakte zu begehen und weitere vorzubereiten. Darüber hinaus unterstützt die US-Regierung ebenfalls schon seit Jahren verschiedene Oppositionsgruppen im Iran; lokale Aufstände und Attentate gehen darauf zurück. Es kommt immer wieder zu Provokationen, auf die der Iran mit auffälliger Ruhe reagiert: Die Amerikaner haben u.a. immer wieder Iraner im Irak verhaftet und verhört, darunter Mitglieder der informellen iranischen Botschaft in Kurdistan sowie iranische Energiespezialisten, die erst nach heftigem Protest der irakischen Regierung wieder freigelassen wurden. Die Erklärung Teherans am vergangenen Samstag, daß es mehrere Spionageringe der USA und ihrer westlichen Verbündeten aufgedeckt habe, dürfte die Gesprächsatmosphäre nicht einfacher gemacht haben. Für die nächsten Tage hat Teheran mehr Details angekündigt. Derweil berichten anglo-amerikanischen Medien unter Berufung auf verlässliche Quellen im US-Geheimdienstapparat, daß George W. Bush bereits Mitte März eine Direktive unterschrieben hat, die der CIA befiehlt, mit verdeckten, sogenannten »schwarzen« Operationen mit Ausnahme von Mordaufträgen alles zu tun, um Iran und seine politische Führung zu destabilisieren. Dazu sollten insbesondere in den USA lebende Exil-Iraner geworben und eingesetzt werden.

Es gab auch verschiedentlich schon Hinweise auf Angriffsvorbereitungen der Amerikaner sowie Warnungen vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff, u.a. sehr detailliert und mit genauer Zeitangabe im Frühjahr 2007 aus einer Quelle, die dem russischen Geheimdienst nahe steht, Warnungen, die sich zum Glück nicht bestätigt haben. Die 5. Flotte liegt mit drei Flugzeugträgerverbänden, ca. 150 Flugzeugen und hunderten von Cruise Missiles im Golf und an der irakisch-iranischen Grenze wird gerade eine neue amerikanische Militärbasis gebaut (wie bereits geschehen nahe Herat an der afghanisch-iranischen Grenze). B 1 und B 2-Bomber können jederzeit von ausserhalb der Region aus operieren.

Andererseits wird von einigen Beobachtern darauf hingewiesen, dass dessen ungeachtet während der ganzen Zeit Kontakte zwischen der amerikanischen und der iranischen Führung bestünden und Gespräche geführt würden, was einen militärischen Angriff unwahrscheinlich mache. Es scheint, amerikanischen Medien zufolge, zwei Fraktionen zu geben: Die einen, zu der auch Aussenministerin Rice, die Spitze der CIA und Verteidigungsminister Gates gezählt werden, warnen vor einem Angriff und weisen auf die nach wie vor unsichere Aufklärung durch die Geheimdienste, die militärischen Kosten und Risiken und die unabsehbaren Folgen hin. Die anderen, unter ihm Vizepräsident Cheney etc., drängen auf einen raschen und entschiedenen Angriff.

In seiner Rede vor der American Legion Ende August sagte Bush, Iran bedrohe den Mittleren Osten mit einem nuklearen Holocaust; er habe der Militärführung Auftrag gegeben, sich Irans mörderischen Aktivitäten entgegen zu stellen. Entweder siegten die Kräfte des

Extremismus – oder die der Freiheit. Entweder setzten unsere Feinde ihre Interessen im Irak durch, oder wir unsere. Dabei wird – wie schon im Vorfeld des Irak-Krieges, verschwiegen, dass die militärischen Vorbereitungen längst im Gang und weitgehend abgeschlossen sind. Mit der raschen Verabschiedung des Iran Counter-Proliferation Act wird unmittelbar gerechnet, nachdem der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses es bereits mit 37:1 gebilligt hat – ein Gesetz, das den Iran Sanctions Act verschärft und beabsichtigt, Iran ökonomisch zu strangulieren, alle auswärtigen Guthaben zu blockieren, Unternehmen zu bestrafen, die im Iran Geschäfte machen. Der Ton verschärft sich.

Amerikanische Kriegsziele sind (a) die dauerhafte Vernichtung der iranischen Atomanlagen, (b) die Zerstörung des militärischen Potenzials des Iran, (c) Regimewechsel hin zu einer „demokratischen“, im Klartext heisst das: amerikafreundlichen Regierung, (d) Ausschalten des Iran als führende Regionalmacht (National Security Strategy, update 2006). Militärische Kreise haben deshalb folgendes Szenario entwickelt: Die US-Regierung wird noch vor den Präsidentschaftswahlen im November 2008 einen Luftangriff auf mindestens 2.500 und höchstens 10.000 Ziele im Iran befehlen. Der Angriff wird vor allem von Flugzeugträgern aus und mit Langstreckenraketen geführt, wird höchstens eine Woche dauern und soll die iranischen Atomanlagen, aber auch alle Forschungszentren, an denen atomares Know how vermutet wird, vernichten. Um dies zu erreichen, muss zuerst die gesamte Luftverteidigungskapazität der Iraner ausgeschaltet werden, und mit ihr weitgehend alle Anlagen militärischer und weitgehend auch ziviler Infrastruktur. Derzeit hat der Iran nur sehr kleine und veraltete Luft- und Seestreitkräfte. Die amerikanische Luftaufklärung mit unbemannten Dronen kann als abgeschlossen gelten. Der Angriff wird nicht, wie oft erwartet, mit Atomwaffen geführt, weil sonst die Bedrohung der amerikafreundlichen Nachbarn am Westufer des Golfs zu gross wäre. Die wichtigsten atomaren Zentren liegen in unmittelbarer Nähe von Teheran (12 Mio) und Isfahan (4,3 Mio), dazu kämen die Anreicherungsanlagen in Natanz und Arak und der Reaktor von Buschehr. Betroffen wären also wichtige Bevölkerungsagglomerationen, gleichzeitig auch die Zentren der Ölproduktion. Ebenfalls bombardiert würden wahrscheinlich Universitäten und Technische Hochschulen, an denen zu Atomenergie geforscht wird. Der Luftangriff wird überraschend erfolgen. Es wird daher nicht möglich sein, die Zivilbevölkerung zu schützen oder zu evakuieren, so dass mit vielen Opfern zu rechnen ist. Es wird keinen Einsatz von Bodentruppen geben, weil zu viele amerikanische Kräfte im Iran und in Afghanistan gebunden sind. Es ist also unwahrscheinlich, dass ein Regimewechsel erreicht werden kann, zumal mit dem Luftangriff mit einer weitreichenden Solidarisierung auch oppositioneller Kräfte mit der Regierung gerechnet werden muss.

Der Angriff soll provoziert werden: Israel soll eine Nuklearanlage im Iran beschliessen, darauf werde der Iran mit einem Schlag gegen Israel reagieren, und dies gäbe den USA die Rechtfertigung, ihr Angriffsszenario in Gang zu setzen. Da die Hisbollah genügend Raketen hat, mit denen sie Zentren wie Haifa erreichen kann, muss parallel zum Angriff auf Iran mit einem israelischen Angriff auf ihre Stellungen im Libanon gerechnet werden. Insbesondere die israelische Regierung und mit ihr die Israel-Lobby in den USA, vor allem das mächtige AIPAC, (American Israel Political Action Committee) drängen auf einen militärischen Angriff. Die meisten Präsidentschaftskandidaten wetteifern miteinander in dem Bemühen, sich als Freunde Israels und den Iran als Feind darzustellen und eine aggressive prä-emptive Politik zu empfehlen. Die USA geben Israel Militärhilfe von jährlich 3 Mrd Dollar, jetzt gerade neu zusätzliche 30 Mrd. Eine Benefizgala in New York zugunsten der israelischen Armee hat neulich an einem Abend 13 Mio Dollar gebracht.

„The naval buildup is coordinated with the air attacks. The planning of aerial bombings of Iran started in mid-2004, pursuant to the formulation of CONPLAN 8022 in early 2004. In May 2004, National Security Presidential Directive NSPD 35 entitled Nuclear Weapons Deployment Authorization was issued. While its contents remain classified, the presumption is that NSPD 35 pertains to the stockpiling and deployment of tactical nuclear weapons in the Middle East war theater in compliance with CONPLAN 8022“.

Die Propaganda-Kampagne, mit der die amerikanische Bevölkerung für den Angriff gewonnen werden soll, ist längst im Gang. Dazu gehören die Behauptungen, Ahmadinejad habe „Israel von der Landkarte fegen“ wollen, und er leugne den Holocaust, die beide nachweislich auf falsche Übersetzung zurückgehen. Die wörtliche Übersetzung des Textes der Rede vom 15. Oktober 2005, in dem übrigens Ahmadinejad Chomeini zitiert, lautet: „Chomeini sagte, dass das Regime, das Jerusalem besetzt hält, aus den Seiten der Zeit verschwinden muss“ – oder sinngemäss: Dass die israelische Regierung abgelöst werden müsse, eine Aussage, die im Zusammenhang mit der Besetzung Palästinas und mit der Behandlung der Palästinenser durch die israelische Regierung zitiert wurde. Zum Holocaust hat Ahmadinejad auch später immer wieder gesagt, wenn der Holocaust stattgefunden habe, gelte sein Mitgefühl allen seinen Opfern, egal welchen Glaubens – aber er sehe nicht, wie dadurch ein Recht begründet würde, die Palästinenser auf diese Weise zu unterdrücken. Beide „Argumente“ werden von der israelischen Regierung und der Israel-Lobby verwendet, um einen Angriff auf Iran zu rechtfertigen. Die Murdoch-Presse hat 2006 verbreitet, der Iran habe ein neues Gesetz verabschiedet, in dem den unterschiedlichen religiösen Gruppen bestimmte Kleidung vorgeschrieben werde – Juden müssten ein gelbes Abzeichen tragen. Der Versuch, den Iran damit in die unmittelbare Nähe der Nazis zu bringen, gipfelte in der Einladung des Autors als „Iran-Experte“ ins Weisse Haus. Vor wenigen Wochen hat der Rabbi der rund 25.000 iranischen Juden Ahmadinejad ausdrücklich einen „Mann des Friedens“ genannt. Ahmadinejads Empfang an der Columbia University und die Ablehnung seines Gesuchs, Ground Zero besuchen zu dürfen, wo er den Opfern Respekt erweisen wollte, zeigen, dass die Propaganda wirkt.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den USA im Gefolge des drastischen Einbruchs am Hypothekenmarkt und der massiven Verarmung der Mittelschicht, die dadurch verursachten Bankenzusammenbrüche, und politische Unsicherheit in den USA angesichts der massiven Kritik der Bevölkerung am Irak-Krieg und vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen, der Dollarverfall als Zeichen für die Schwächung der Weltmarkt- und der Weltpolizistenrolle der USA müssen hier mit einbezogen werden. Der Dollarkurs wird heute vom grössten Gläubiger der USA, von China, bestimmt, das gleichzeitig ein Verbündeter des Iran ist. Stürzt der Dollar weiter ab, so hat dies massive Einbrüche im Wohlstand der Amerikaner zur Folge, die sich plötzlich Importe nicht mehr leisten können, und damit innenpolitische Unsicherheiten. Da mag ein „starker“ Präsident gefragt sein, auch wenn er die Misere wesentlich mit verursacht hat. Allerdings hat die derzeitige Regierung insofern vorgesorgt, als sie sich die Ermächtigung für Notstandsgesetze und Aussetzung einfachster Menschenrechte bereits im Vorfeld hat einräumen lassen. Viele in den USA sehen darin Parallelen zum Deutschland der dreissiger Jahre und den Ermächtigungsgesetzen der Nazis, und damit zum Aufstieg eines neuen Faschismus.

Die USA sehen sich selber als die nach dem Ende der Blockkonfrontation einzig verbliebene Weltmacht, die die Aufgabe und das Recht hat, die Welt nach ihren Prinzipien und nach ihren Interessen neu zu ordnen. Typisch für die Position der Neokonservativen ist dabei, dass dies nur mit militärischen Mitteln geschehen kann (Rebuilding Americas Defenses, 2000). Entscheidend

ist, dass in keiner Weltregion ein potenzieller Konkurrent so stark wird, dass er diese Vormachtstellung bedrohen könnte. Um diese Überlegenheit zu demonstrieren, müssen die USA immer wieder kleinere Länder militärisch angreifen und besiegen. Nur so können sie unmissverständlich deutlich machen, dass sie das Recht auf die Bodenschätze der Erde und darauf haben, den Wohlstand, den andere erarbeitet haben, nahezu zum Nulltarif zu importieren. Sie sehen sich, gemeinsam mit Israel, als das auserwählte Volk. Bevor sie sich zu einer Macht unterer Ordnung degradieren lassen, riskieren sie auch einen weiteren Weltkrieg. Deshalb werden weit mehr als die Hälfte aller weltweiten Rüstungsausgaben von den USA getätigt, die Kosten der Kriege in Afghanistan und Irak nicht mitgerechnet.

4. Internationaler Kontext

Iran hat schon 1970 den NPT ratifiziert und seit 1974 ein Abkommen mit der IAEA mit dem Ziel, alle seine nuklearen Aktivitäten der Aufsicht der Organisation zu unterstellen und die militärische Nutzung der Atomenergie zu verhindern. Die IAEA als Überwachungsorgan des NPT hat mehrfach Inspektionen der iranischen Atomanlagen durchgeführt und keine Hinweise auf eine militärische Absicht gefunden. Die US-Regierung hat daraufhin zuerst versucht, den Direktor der IAEA, Mohammed El Baradei, zu desavouieren und loszuwerden. Als dies nicht gelungen ist und die Organisation im Gegenteil durch die Verleihung des Friedensnobelpreises ausdrücklich gestärkt wurde, hat sie versucht, die Beschlüsse des Direktoriums (Board of Governors), dem 35 Unterzeichnerstaaten angehören, zu beeinflussen. Deshalb wurde z.B. Indien gegen den NPT umfangreicher Zugang zu Nukleartechnologie zugesagt, wenn Indien in der IAEA gegen Iran stimme; andere Länder, die von den USA Militär- oder Entwicklungshilfe bekommen, sind im Fall der Unbotmässigkeit mit deren Entzug bedroht worden. So entstand die Situation, dass die technischen Experten der IAEA keine militärische Absicht des Iran feststellen konnten, die politische Bewertung aber in Teilen davon abwich. Richtig ist, dass Iran die Auflage des Sicherheitsrates nicht *in vollem Umfang* erfüllt hat, die Urananreicherung völlig einzustellen; richtig ist aber auch, dass diese Forderung durch den NPT nicht gedeckt ist.

Im Juli 2007 hat eine neue Verhandlungsrunde zwischen IAEA und Iran stattgefunden, die am 27. August mit einer Vereinbarung abgeschlossen wurde: Danach werde Iran bis im November eine neuerliche umfassende Inspektion seiner Atomanlagen zulassen. Am 30. August veröffentlichte die IAEA ihren neuen Bericht, in dem Iran von allen Verdächtigungen freigesprochen wurde. Die Anreicherung von Uran sei stark zurückgefahren worden, Iran verfüge nur über 1.968 Zentrifugen, das bewege sich weit unterhalb der Schwelle zu waffenfähigem Material. Bis Ende 2007 werde Iran jeden Nachweis dafür erbringen, dass es seine Verpflichtungen aus dem Abkommen von 1974 einhalte. Die US-Regierung hat dieses Ergebnis als blosse Hinhaltetaktik abgetan.

Das US State Department hat Ende Juli umfangreiche Waffenverkäufe u.a. an Saudi Arabien (20 Mrd) und Israel (30 Mrd) bekannt gegeben, um sie gegen Syrien und Iran zu stärken, und rüsten damit die Region weiter auf (in Wirklichkeit könnte es allerdings der US-Regierung auch nur darum gehen, wieder einmal öffentliche Gelder in private Taschen der Rüstungsindustrie zu verschieben).

Nachdem die Bundesregierung, die neben den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates mit Iran verhandelt hat, Mitte September 07 erklärt hat, sie werde einer weiteren Verschärfung von Sanktionen nicht zustimmen, reagiert die amerikanische Seite mit der Ankündigung, jetzt bliebe ihr noch die militärische Option übrig. In einem Spiegel-Interview

vom 7. September hat El Baradei deutlich gemacht, dass die „militärische Option“ seiner Ansicht nach rasch auf einen Abgrund hinführt.

Die Verhältnisse im arabisch-muslimischen Raum sind überaus differenziert und werden völlig verkannt, wenn man sie auf den einfachen Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten verkürzen wollte. Neunzig Prozent aller Muslime sind Sunniten, nur zehn Prozent Schiiten. Aber das sollte nicht vergessen lassen, dass es auch im Islam eine grosse Zahl von Menschen gibt, denen Religion wenig bedeutet (St. Petersburg Declaration 2007); dass in jedem Land Minderheiten der jeweils anderen Richtung existieren, dass auch die Einstellungen zur Sharia ganz unterschiedlich sind. Dazu muss man die historisch begründete Unterscheidung der grossen Gruppen der Turkvölker, der Araber, der Iraner und der Pakistaner, Inder, Malayen und Indonesier bedenken und die historische Nähe der Mittelmeer-Anrainer zu Europa, der Ölförderländer zu den USA. Und schliesslich gibt es unterschiedliche politische Ambitionen und Befürchtungen. Die Reaktionen auf einen Angriff im arabischen Raum sind schwer vorherzusagen. Sicher kann nicht mit einer selbstverständlichen Solidarisierung anderer schiitischer Länder (vor allem natürlich Irak, aber auch Aserbeidschan, Turkmenistan, Libanon, Teile Afghanistans, Pakistans und Indiens) gerechnet werden, aber ganz sicher wird es zu einer generellen Verstärkung anti-amerikanischer Einstellungen in allen Ländern kommen, zumal die Propaganda ja dazu tendiert, alle Muslime in einen Topf zu werfen. In der Folge werden Terroranschläge und Selbstmordattentate in den USA und auf amerikanische Einrichtungen überall zunehmen

Die Kurden, lose vereint in der Kurdistan Democratic Federation, sehen in dem gegenwärtigen Konflikt eine neue Chance, ihrem lange ersehnten Ziel, einem vereinten Kurdistan, das Gebiete in der Türkei, in Iran, Irak und Syrien umfasst und das möglichst viele Ölvorräte enthalten soll, näher zu kommen. Sie führen in allen diesen Gebieten, teils mit amerikanischer Unterstützung und folglich heftiger Proteste vor allem der Türkei, Separatkriege.

Israel will, dass Iran angegriffen wird, weil er Israel bedrohe, die Palästinenser unterstütze, den Holocaust leugne. Seit dem Ende der 1960er Jahre verfügt Israel über Atomwaffen; seit vielen Jahren wird das Arsenal auf ca. 200 Sprengköpfe geschätzt, die von Flugzeugen oder Raketen aus eingesetzt werden können. Ohne Zweifel ist dieses Arsenal ausgebaut und weiter entwickelt worden; es dürfte heute auch von (aus Deutschland gelieferten) U-Booten aus einsetzbar sein. Für die israelische Regierung ist es essenziell, dass einzig sie in der Region über Atomwaffen verfügt. Seit der iranischen Revolution 1979 hat Israel den Iran als die stärkste Bedrohung in der Region angesehen – unter dem Shah aber immerhin die iranische Geheimpolizei Savak ausgebildet. Inzwischen hat Israel Langstreckerbomber gekauft, und damit liegt Iran in der Reichweite seiner Luftwaffe. Im Irak haben israelische Militäreinheiten insbesondere im kurdischen Nordosten mitgewirkt und kurdische Kommandoeinheiten trainiert. Die Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und israelischen Militäreinheiten ist sehr intensiviert worden. Es kann davon ausgegangen werden, dass jede militärische Aktion Israels gegen den Iran mit amerikanischer Kenntnis und Billigung geschieht. Ein kürzlicher Luftangriff Israels auf Syrien ist als Übung in Vorbereitung eines Angriffs gegen Iran gedeutet worden. Das wird sowohl in den USA als auch vor allem in Deutschland weitgehend verschwiegen, wo jede kritische Bemerkung gegenüber der israelischen Regierung sogleich mit der Keule des Antisemitismus totgeschlagen wird³. Darüber hinaus haben die USA alleine in europäischen

³ Die faktische Tabuisierung der Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern und im Nahen und Mittleren Osten vor allem in den USA und in Deutschland wird nur dazu führen, dass anti-israelische Ressentiments in allen Weltregionen wachsen und dass längerfristig die Existenz des Staates Israel gefährdet wird – gerade zum

Nicht-Atomstaaten entgegen dem NPT zusammen etwa 350 nukleare Sprengköpfe stationiert, davon 20 in Büchel und 90 in Incirlik, die in Absprache mit der NATO auch im Mittleren Osten eingesetzt werden könnten.

Asien: (China, Russia, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan and Uzbekistan): Iran hat (mit der Mongolei, Pakistan und Indien) Beobachterstatus in der Shanghai Cooperation Group, aus der die USA ausdrücklich ausgeschlossen sind. China hat seinen Handel mit Saudi Arabien stark ausgeweitet, Waffenhandel eingeschlossen. China und Russland haben weitreichende militärische Abkommen mit Iran abgeschlossen. Iran hat in Manövern seine Fähigkeit demonstriert, amerikanische Stellungen im Irak und in Afghanistan anzugreifen. Die Militarisierung des östlichen Mittelmeerraumes durch Israel und die NATO, gegen Syrien und Libanon gerichtet, wird als Friedensmission getarnt.

China hat mit Laserwaffen einen Satteliten getroffen, Russland lässt seine Fernstreckenbomber wieder in der Luft, hat eine neue Bombe getestet und schickt Marineverbände ins Mittelmeer – die USA werden darauf geradezu begierig mit neuer Aufrüstung antworten, siehe letzte Runde der UN-Abrüstungsverhandlungen

Weltweit wächst der Widerstand gegen die USA und die Rolle als Weltpolizist und Weltführer, die die amerikanische Regierung sich anmasst. Vor allem wird das in Lateinamerika deutlich, wo Hugo Chavez in Venezuela zum Wortführer einer Gruppen von Staaten geworden ist, in denen linke und amerikakritische Regierungen ins Amt gewählt wurden. Die iranische Regierung dürfte sich als Teil dieser Bewegung verstehen, die den Entwicklungsländern zu neuem Selbstbewusstsein und zu grösserer Unabhängigkeit vom Westen, vor allem von den USA verhelfen will. Iran will Öl gegen Yen und Euro handeln und damit Dollar schwächen – wie Irak im Dezember 2000. Viele Länder, darunter Russland, China, Venezuela und eben auch der Iran – haben inzwischen bedeutende Teile ihrer Währungsreserven vom Dollar auf andere Währungen umgeschichtet. Gemeinsame Projekte zur Erdölförderung sind zwischen Iran und Venezuela vereinbart worden.

EU: In Frankreich sind die amerikakritischen Gaullisten von Sarkozy abgelöst worden, der sich, nachdem Gordon Brown auf Distanz geht und englische Truppen aus dem Irak abzieht, und nachdem mit einem Wandel der deutschen Haltung nicht zu rechnen ist und Deutschland immer mit dem Verweis auf den Holocaust still gestellt werden kann, als neuer „Pudel“ Bush's herausstellen könnte (innenpolitisch?). Die Linke wird mit dem Verweis auf die angeblichen Menschenrechtsverletzungen im Irak gelähmt – also keine wesentliche Opposition aus Europa, wie Jean Bricmont vermutet.

Ende August haben zwei britische Sicherheitsexperten in einem 80seitigen Papier die Auffassung vertreten, dass die USA alle Vorbereitungen für einen Angriff abgeschlossen haben und die Militärs nur noch auf den Einsatzbefehl warten. China und Russland, und damit 2 ständige Mitglieder des UNSC, sowie die EU und Italien haben Mitte September entschieden davor gewarnt, die diplomatische Option zu verlassen. Im kommenden Jahr werden der amerikanische Präsident sowie das iranische Parlament gewählt, im Jahr darauf der iranische Präsident; kann sein, dass sich die politischen Akteure beider Länder umgruppieren, wodurch neuer Bewegungsspielraum für konstruktive Verhandlungen entstehen mag.

Die neue Kohäsion im Inneren des Iran, die auf einen Angriff folgen würde, wird erst zusätzliche Interventionen iranischer Gruppen im Irak und in Afghanistan zur Folge haben, möglicherweise Pakistan in den Konflikt hineinziehen, den Israel-Palästina-Konflikt verschärfen und zu neuen massiven Terrorakten in den USA selbst führen. Iran wird die Strasse von Hormuz

Schaden der Bevölkerung. Die Haltung der überwiegenden Mehrheit in der UN-Generalversammlung zeugt davon, dass dieser Prozess längst im Gang ist

blockieren und damit einen erheblichen Teil der Ölzufuhr für den Westen, er wird aus dem NPT austreten und versuchen, sehr schnell seine militärischen nuklearen Kapazitäten zu entwickeln. Darauf müssten neue Angriffe folgen – d.h. es kommt wahrscheinlich zu einem lang andauernden militärischen Konflikt in der Region, wie die Oxford Research Group annimmt. Es ist sehr fraglich, ob der Konflikt begrenzt gehalten werden könnte.

6. Letzte Meldung

Meldungen der letzten Tage: Die Schweizer Wochenzeitung Zeit-Fragen hat am 28.9. einen Artikel aus Prawda-online dokumentiert, der folgendes berichtet: Der amerikanische Spionagesatellit KH 13, der den Iran überwache, sei in einer angelegenen Gegend von Peru abgestürzt. Er sein von Amerikanern von der Vandenberg Ar Force Base in Kalifornien aus im Orbit zerstört worden. Dieses Ereignis hänge zusammen mit dem merkwürdigen und ungenehmigten Ausflug von sechs nuklearen Cruise Missiles aus ihrer Lagerstätte in North Dakota nach Louisiana, wo sie zehn Stunden unbeaufsichtigt lagen, am 30. August. Sie seien unmittelbar für den Mittleren Osten bestimmt gewesen. Beide Vorfälle seien durch einen Machtkampf zwischen den neokonservativen Kriegstreibern in den USA, die bereit seien, einen nuklearen Weltkrieg zu beginnen, einerseits, und der Militärführung andererseits zu erklären, die sich dem Einsatz nuklearer Waffen widersetze. Newsweek berichtet, Cheney habe die israelische Regierung gebeten, Natanz am 6. September mit Nuklearwaffen anzugreifen, damit die USA auf den wahrscheinlichen iranischen Vergeltungsschlag gegen Israel massiv reagieren könnten. Der israelische Angriff sei dann aber nach Bekanntwerden des Bomberausflugs gegen eine angebliche iranisch-syrisch-nordkoreanische Nuklearanlage in Syrien gerichtet worden.

Ich kann diese Meldung nicht bewerten, allerdings wird sie in Teilen auch von anderen Quellen bestätigt.

Zurück zur Ausgangsfrage: Werden die USA den Iran angreifen? Ich weiss es nicht. Ein solcher Angriff scheint völlig irrational – aber die Politik in Washington wird nicht nach Massstäben normaler Rationalität gemacht. Dazu sind die einzelnen Einflussfaktoren so vielfältig und so sehr in Bewegung, dass ein Angriff nicht ausgeschlossen werden kann. Er kann sich in der Tat zu einem Weltkrieg ausweiten.

Es scheint nur eine Möglichkeit zu geben, die US-Regierung zu stoppen: ein Impeachment-Verfahren gegen Bush und Cheney. Das ist im Gang, aber bekanntlich handelt es sich dabei um ein politisches, nicht um ein juristisches Verfahren. Die Abstimmungen im Kongress z.B. zur Finanzierung der Kriege gegen Irak und Afghanistan rechtfertigen Zweifel daran, dass ein solches Verfahren zur Zeit Erfolg haben könnte.

www.campaigniran.org

www.antiwar.com

www.globalresearch.ca